

Bezugspreis:

Bestellh. 30.— M., monatl. 10.— M.,
für ins Haus vorzus. abbez. Post-
best. monatl. 10.— M., erst An-
bestellungsgebühr. Lieferadresse für
Deutschland und Österreich 16.70 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Postsendung 21.50 M. Post-
bestellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Däne-
mark, Holland, u. a. m. auch Schweden
und die Schweiz. — Einzutragen in
die Post-Anstalts-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal: Sonntag und Mont-
tag einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigengeld:

Die achtspaltigen Anzeigengelder
betragen — M. — 1. Zeilenlänge 50%
„Aberne Anzeigen“ (das ist
gedruckte Wort 1.— M. gültig zwei
Zeilenlänge) 2. Zeilenlänge 75%
Wort 40 Wg. Stellenanzeigen und
Schlüsselanzeigen das erste Wort
40 Wg. jedes weitere Wort 40 Wg.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
ein Wort. Zeilenlänge 100%
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 1.— M. politische und ge-
werkschaftliche Berichts-Anzeigen
3.— M. die Stelle ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Bauamtgebäude, Berlin SW 1, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß-
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Wortwahl, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 8. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Wortwahl, Nr. 11753—54.

Konflikt in Preußen.

Im Hauptausschuß der Preussischen Landesver-
sammlung verlangte Finanzminister Lüdemann erneut die
Aufhebung der Verhandlungen über das Landessteuergesetz. Er be-
trieb sich dabei auf einen neuen Kabinettsbeschluss. Es sei erforder-
lich, daß das Grundsteuergesetz und das Ausführungsgesetz
zum Landessteuergesetz gemeinsam beraten würde. Die
Sozialdemokraten unterstützten die Darlegungen des Finanz-
ministers. Zentrum und Demokraten sprachen sich dagegen aus.

Es wurde beschlossen, die Beratungen fortzusetzen. Darauf er-
klärten die Sozialdemokraten, sie würden an den Be-
ratungen nicht mehr teilnehmen. Den Gegenseiten der
materiellen Ansprache bilden die Anträge von Fried (Dnat. Sp.),
Ruer (Dem.) und Aloff (B.), die anstelle des Regierungsentwurfs
eine anderweitige gesetzliche Regelung vorschlugen.

2 1/2 = 0.

Weiterlabieren Ende Februar in Wien.

Bern, 8. Dezember. Die sozialistische Vorkonferenz hat ihre
Arbeiten beendet. Sie beschloß, auf den 22. Februar eine inter-
nationale sozialistische Konferenz nach Wien einzuberufen mit
der Tagesordnung: Der Imperialismus und die
soziale Revolution, Methoden und Organisation
der Klassenkämpfe, der internationale Kampf
gegen die Gegenrevolution. Zur Vorbereitung der
Wiener Konferenz wurde eine Kommission eingesetzt, die sich
Ende des Jahres in Wien versammeln dürfte. Die Kommission,
die der Konferenz bestimmte Anträge unterbreiten soll, besteht aus
je einem Delegierten aus England, Frankreich, Deutsch-
land und der Schweiz.

Oesterreichs traurige Zukunftsaussichten.

Wien, 8. Dezember. (WZ.) Gestern fand hier ein Landes-
parteitag der sozialdemokratischen Parteiorganisation
Oberösterreichs statt, auf welchem Landeshauptmann-Stell-
vertreter Gruber dem Linzer „Volkswort“ zufolge erklärte, Oester-
reich werde entweder ein Kolonialland der Entente oder es werde
den Grundriss des Bürgerkrieges und der völligen Zerschlagung ver-
fassen. Die Entwicklung dränge immer mehr zur Entscheidung, für
welche die Arbeiterklasse gerufen sein müsse.

Konstantins Plebiszittriumph.

Haag, 8. Dezember. (Melbung des Hollandsch Bureau.)
„Nieuwe Courant“ meldet aus Paris: Der griechische Gesandte in
Paris hat das Ergebnis der Volksabstimmung in
Griechenland bekannt gegeben. Es haben 800 000 Personen
mehr gestimmt, als bei den letzten Wahlen. Nur 2 v. H. der
Stimmen waren gegen Konstantin. Die Garnison in Smyrna
stimmte zugunsten König Konstantins, auch Thessalien hat
mit einigen Ausnahmen günstig für Konstantin gestimmt. In
Saloniki beteiligten sich 20 000 Personen mehr als bei den
letzten Wahlen.

Paris, 8. Dezember. (WZ.) „Reit Parisien“ veröffentlicht
eine Äthener Meldung des „Daily Express“, wonach die griechische
Regierung an König Konstantin des Ersten gerichtete habe, an-
geheiß der feindseligen Haltung der Ententeregierungen auf den
Thron zugunsten seines ältesten Sohnes zu ver-
zichten. Dem Londoner Korrespondenten des „Reit Parisien“
wird andererseits berichtet, die Königin von Rumänien
versuche persönlich in Luzern König Konstantin zum
Verzicht zu veranlassen.

Marinemuterei für d'Annunzio.

Rom, 8. Dezember. „Stribuni“ meldet: Der Torpedoboot-
zerstörer Bronzini und das Torpedoboot 68, die zum
Hochseegeschwader der Adria gehören, sind ohne Befehl davon erhalten
zu werden, in Klamm vor Anker gegangen. Es ist noch nicht bekannt,
war diese Abweichung von der Marschroute veranlaßt und ausge-
führt hat. Nach den ersten Nachrichten scheinen die Kommandanten
überrumpelt worden zu sein. Die Angelegenheit wurde sofort zur
Kenntnis der militärischen Gerichtsbehörden gebracht.

Wilson's Schwanengesang.

Washington, 8. Dezember. (Melbung des Hollandsch Bureau.)
Die Jahresbotschaft des Präsidenten Wilson ist
gestern im Kongreß verlesen worden. Der Präsident hat von seiner
ursprünglichen Absicht, die Botschaft selbst im Kongreß zu verlesen,
Abstand genommen. Er empfiehlt darin eine Reihe von Gesetzes-
maßnahmen hinsichtlich der Steuererhebung, der Verwaltung der
Philippinen, der Unterbringung der invaliden Sol-
daten, Matrosen usw. und eine Anleihe für Armenien.
Nirgends erwähnt er in dieser Botschaft den Völk-
erbund oder die Auseinandersetzungen in Amerika über den Völk-
erbundvertrag. Nur im Anfang macht er eine Anspielung darauf.

Der Hannoversch Friedensbundgebung an Lord George wird von
der Sinnfänger-Organisation des abgelehnt.

Argentinien steht hinter Pueyrredon.

London, 8. Dezember. (Melbung des Hollandsch Bureau.)
Die französische Presse hatte mitgeteilt, daß die Haltung
Pueyrredons in Buenos Aires nicht gebilligt würde. Hierzu wird
jetzt gemeldet, daß Präsident Irigoyen die
Haltung Pueyrredons in Genf gutheiße und daß Pueyrredon
nach den Besichtigungen des Präsidenten behandelt habe. Pueyrredon
erklärte Zeitungskorrespondenten gegenüber, daß Argentinien
Näheres vom Völkerverbund sehr bald durch eine formelle
Erklärung Argentinien festgelegt werden würde. Die ein-
zige Bedingung, unter der Argentinien seinen Platz im
Völkerverbund wieder einnehmen werde, sei die Annahme seiner
Vorschläge.

Im Fahrwasser Clemenceaus.

Die „Freiheit“ liefert in ihrer heutigen Morgenausgabe
wieder einmal einen Beweis absoluter politischer
Ignoranz. Sie wirft dem „Vorwärts“ vor, die Dolch-
stößlegende aufzuwärmen und im Fahrwasser
Ludendorffs (1) liegen zu lassen, weil in unserem am
Montagabend erschienenen Artikel über Argentinien's Austritt
aus dem Völkerverbund von der „durch List herbei-
geführten Waffenstreckung“ Deutschlands die Rede war. Jeder
in politischen Dingen halbwegs versierte Leser weiß natürlich,
was wir damit meinten. Das war eine ganz eindeutige An-
spielung auf die feierliche Annahme des Wilson-
Programms durch die alliierten Regierungen, die
Deutschland durch das bekannte Telegramm des Staats-
sekretärs Laning vom 5. November 1918 mitgeteilt wurde.
In einer der Notizen der deutschen Friedensdelegation an
Clemenceau wird mit vollem Recht die sehr scharfe Wendung
gebraucht, daß ungeachtet des Inhalts des Friedensvertrages
man deutschseits den Eindruck gewinnen müsse, die feiner-
zeit gegebene ausdrückliche Zusage, auf der Grundlage der
vierzehn Punkte die Feindsel gänzlich einzustellen und Frieden
zu schließen, sei nur eine List gewesen, um Deutschland
zur Waffenstreckung zu veranlassen. In der ganzen Welt, vor
allem in den Reihen des internationalen sozialistischen Prole-
tariats, hat sich allmählich die Ueberzeugung Bahn ge-
schaffen, daß die Friedensbedingungen einen fernen Vordruck bilden,
da auch die Alliierten durch das Laning-Telegramm gebun-
den waren. Nicht nur die englischen Sozialisten sprechen dies
offen aus, sondern auch englische Liberale, wie Asquith und
Kerens, und nach den jüngst von uns mitgeteilten Ent-
scheidungen des amerikanischen Delegierten Baruch stimmte
sogar Wilson in seinem Innersten mit Deutschland
darüber ein.

Nur die französischen Militaristen sehen auf
dem Standpunkt, daß das Abkommen zwischen Deutschland
und den Alliierten über die vierzehn Punkte ganz gleich-
gültig gewesen sei, da es sich inzwischen herausgestellt
hätte, daß die militärische Niederlage Deutschlands noch viel
vollständiger gewesen sei, als man es im französischen Haupt-
quartier anhe, als man sich für den Abschluß des Waffen-
stillstandes auf der Grundlage der vierzehn Punkte aus-
sprach. Das war auch das Lieblingsargument der
Clemenceau nahestehenden französischen
Blätter zur Zeit der Friedensverhandlungen. Ihr anderer
Haupttrumpf in diesen Tagen war übrigens, daß ein großer
Teil der deutschen Arbeiterklasse, nämlich die U.S.B. unter
Führung der „Freiheit“ für die Unterzeichnung um jeden
Preis eintrete und mit Revolution im Falle einer
Nichtunterzeichnung drohe, so daß man sich nicht
weiter über die vierzehn Punkte und Ähnliches Zeug den Kopf
zu zerbrechen brauche.

Die „Freiheit“ weiß ganz genau, daß wir in der Bekämp-
fung der alldeutschen Dolchstößlegende hinter niemandem
zurückstehen. Wer in Wirklichkeit die Geschäfte Luden-
dorffs besorgt, darüber wollen wir uns gerne mit ihr
unterhalten: Sollte ihre heutige Notiz, von der wir an-
nehmen wollen, daß sie auf Dummheit und nicht auf
Verstand beruht, als Material für ihren Landtagswahlkampf
gegen uns dienen, so hat sie damit wieder einmal ge-
zeigt, daß das übelste Parteigewirr zwischen Sozialisten ihr
wichtiger erscheint, als der gemeinsame Kampf gegen die
wachsende Reaktion.

Gesprenkte deutschnationale Versammlung.

Frankfurt a. M., 8. Dezember. (WZ.) Eine von der
deutschnationalen Volkspartei für gestern abend ein-
berufene Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete
v. Graefe sprechen sollte, wurde kurz nach ihrem Beginn von
Sozialdemokraten und Kommunisten gesprenkt.
Es wurden Stühle gegen den Vorstandstisch geworfen und dieser
selbst schließlich gestürzt, so daß v. Graefe und die deutschna-
tionalen Vorstandsmitglieder den Saal verlassen mußten, wäh-
rend von den Sozialisten und Kommunisten die Internationale ge-
sungen wurde.

Die Not der Sozialrentner.

Von Carl Lindow.

Es ist verständlich, wenn die Dessenlichkeit sich mehr mit
den Arbeitern beschäftigt, die noch Werte schaffen können, als
mit denen, die „ausgedient“ haben. Aber der Sozialdemo-
krate, der Arbeiterbewegung überhaupt, stünde es schlecht an,
wenn sie das zum Himmel schreiende Elend der Renten-
empfänger einfach totschweigen wollte. Wenn wir uns heute
erneut mit dem Jammer der Kernisten aller Armeen beschäf-
tigen, so wahren wir einfach alte rühmvolle Tradition. Denn
ohne das unablässige Drängen der Sozialdemokratie wäre
das Mindestmaß an Sozialreform, das wir heute in Deutsch-
land haben, überhaupt nicht vorhanden. Daß wir einige
hunderttausende Arbeitslose haben, denen der Hunger ständiger
Rückentwicklung ist, dürfte dank dem verzweifeltsten Kampf, den
die augenblicklich aus dem Produktionsprozeß Ausgeschiedenen
gegen das Hinabgleiten ins Lumpenproletariat führen, auch
dem letzten Spießer bekannt sein, daß mindestens 90 v. H. der in
Arbeit stehenden Proletarier an Unterernährung leiden, wog
höchstens ein kapitalistischer Klopfschreier zu bestreiten. Wer
aber in Deutschland weiß, daß es nach den neuesten Erheb-
ungen am 1. Januar 1920 in der deutschen Republik (ohne
Landesversicherungsamt) 654 203 Witwen, aber einschließlich
LVA (Bosen) 885 336 Invalidenrentner, 102 883
Krankenrentner, 242 015 Altersrentner, 84 397 Wit-
wenrentner und 3634 Witwenrentner gab? Außer-
dem wurden 494 004 Renten an Witwen in Höhe von 100
Mark und 28 Millionen Personen Renten, wobei
wir die nachträglich eingegangenen Meldungen über „Bega-
fälle“ sehr hoch angedreht haben.

Auch denen, die sich wenig um die Sozialgesetzgebung
kummern, ist es bekannt, daß die Renten schon in der Vor-
kriegszeit viel zu niedrig waren und wenn auch die Leistungen
der deutschen Sozialgesetzgebung in ihrer Gesamtheit zu einer
imposanten Milliardenzahl anwächst, so wissen wir doch alle,
daß die Summen auf die Millionen Bezücker verteilt, viel zu
gering sind, die Opfer der deutschen Wirtschaftsentwicklung
vor Hunger und Elend zu bewahren. Mag Deutschland zehn-
mal auf sozialem Gebiet „der Riese unter Jüngern“ sein,
wie ein italienischer Professor vor dem Kriege behauptete —
unter Jüngern ist es dem normalen Menschen leicht möglich,
ein Riese zu sein, wie der Einzügige stets den König der
Wälder vorstellen darf. Wenn man nun gar noch die Ent-
wertung des Geldes berücksichtigt, so kann sich jeder Mensch
ausmalen, wie es in den Familien der Renten-
bezieher aussieht. Der Entwertung des Geldes ist so gut
wie gar nicht Rechnung getragen worden. Im Mai 1920
kam ein „Gesetz über die Abänderung der Leistungen und
Beiträge in der Invalidenversicherung“ heraus, das den
Rentnern eine Zulage gewährte (Reichsgesetzblatt S. 1091).
Es heißt dort unter II.:

Die Zulage beträgt für Empfänger einer Invaliden- oder
Altersrente monatlich dreißig Mark, für Empfänger einer
Witwen oder Witwerrente monatlich fünfzehn Mark, für
Empfänger einer Waisenrente monatlich zehn Mark.

Nach einer der Unterkommission des sozialpolitischen
Reichstagsausschusses von der Regierung gegebenen Aufstellung
erfordern diese Zulagen einen jährlichen Aufwand von
545 Millionen Mark. Da haben wir wieder eine imposante
Summe, sie ändert aber nichts daran, daß eine Rente
einschließlich Zulage von 50 M. im Monat nicht
einmal zum Dagebrot reicht — viel weniger zum Leben.

Zu den erwähnten gut 28 Millionen Invaliden- usw.-
Rentnern kommen noch die Unfallrentner. Im Jahre 1919
wurden Entschädigungen gezahlt oder angewiesen an 718 323
Verletzte, 109 559 Witwen Götter, 104 948 Kinder oder
Enkel und an 6125 Angehörigen. Auch hier hat die Regierung
bereits einmal eingegriffen, um das größte Elend zu
lindern, aber es wurde nicht soviel wie der berühmte
Tropfen auf den heißen Stein —, ohne daß der gute
Wille der Regierung angezweifelt zu werden braucht.
Die durch Verordnung vom 6. Mai ab 1. Januar 1920 ver-
fügte Zulagen für Unfallverletzte, die 50 Proz. und mehr
der Volkrente aus Anlaß von Unfällen beziehen“, das sind,
sagt die Regierungsvorlage, schätzungsweise 79 800 Personen.
Nach § 2 der Verordnung (Reichsgesetzbl. S. 878) betrug die
Zulage für landwirtschaftliche Arbeiter und Seeleute „bei
Unfällen aus den Jahren 1885 bis einschließlich 1900 110 Proz.,
bei Unfällen aus den Jahren 1901 bis einschließlich 1915 90 Proz.,
und bei Unfällen aus den Jahren 1916 bis einschließlich 31. Ja-
nuar 1920 60 Proz. des Monatsbetrags der laufenden Rente“.
Für die übrigen Arbeiter betragen die Zulagen bei derselben
Gliederung des Unfallalters 90, 70 und 40 Proz. Leider
wurde eine durch Verordnung vom 27. November 1919 ge-
währte Zulage mit 20 M. auf die neue angerechnet, sofern
sie höher war als 20 M. Verletzte, deren Unfälle sich nach
dem 31. Januar 1920 ereigneten, wurde keine Zulage gewährt.
Jedoch bekommen Witwen, Witwer, Kinder, Verwandte der

auffliegenden Linde und sternlose Enkel in derselben Verfassung und Jahresgliederung wie oben, mit dem Unterschied, daß der bezugsberechtigende Schlußtermin anstatt auf den 31. Januar 1920 auf das Jahr 1919 einschließlich festgelegt ist, 80, 60 und 40 v. H. bzw. 60, 40 und 20 v. H. des Monatsbetrags der laufenden Rente. Die seemannischen und landwirtschaftlichen Bezüge oder deren Verwandte erhielten deshalb eine höhere Zulage, weil ihre Renten auf Grund ihrer niedrigen Löhne besonders winzig waren.

Zu diesen Rentnern kommen dann noch die aus der knappschaftlichen Versicherung zu „versorgenden“ 120 000 Invalidenrentner, 100 000 Witwenrentner und 80 000 Waisenrentner, so daß die Deutsche Republik heute über vier Millionen Rentenbezieher zu wenig zum Leben, zu wenig zum Sterben gibt. Außerdem rechnet die Regierung mit etwa 500 000 „hilfsbedürftigen Kleinrentnern“, Leute, die vom „eigenem Vermögen“ leben.

Diese Millionen appellieren heute an das deutsche Volk! Diesen Ruf überhören, heißt die Opfer der ehemaligen deutschen Wirtschaftskrise zum Tode verurteilen. Geradezu erschütternd schreit die Not der Rentner aus der trockenen Darstellung, die die Regierung der Untertommen über die Wünsche der Rentner gibt. Wörtlich heißt es in der Aufstellung der „Kosten einer erweiterten Fürsorge“:

„Aus den Kreisen der Rentnempfänger ist der Wunsch nach einer einmaligen Beschaffungsbefähigung für jeden Rentnempfänger in Höhe von mindestens 100 M. laut geworden. Hierzu würden mehr als 400 Millionen nötig sein.

Weiter sind Forderungen auf Erhöhung der Renten geltend gemacht worden. Die Forderungen weichen bezüglich der Höhe sehr voneinander ab. Am niedrigsten waren die aus Kreisen der Bergarbeiter, die eine monatliche Zulage von 100 M. für Invalide, 75 M. für Witwen und 80 M. für Waisen verlangen. Das würde bedeuten auf dem Gebiete der Invalidenversicherung eine Mehrleistung, die insgesamt rund 1 1/2 Milliarden Mark erfordern würde. Für die Unfallversicherung würde die Mehrbelastung voraussichtlich das Dreifache der jetzigen bedeuten, also rund 120 Millionen Mark.

Die knappschaftlichen Rentnempfänger würden rund 200 Millionen Mark erhalten. Rechnet man den Bedarf für die Kleinrentner auf nur 800 Millionen Mark, so würde ein Gesamtjahresauswand von rund 2 Milliarden Mark erforderlich sein. Mit den bisherigen Aufwendungen für die oben unter I und II genannten Rentnempfänger würde die Belastung die Höhe von rund 2 1/2 Milliarden Mark erreichen.

Nur die größte Not, der nackte Jammer kann so scheiden sein. Deutschland, vergiß nicht die Opfer des wirtschaftlichen Schlachtfeldes! Sie haben mit ihrem Blut den Boden gedüngt, auf dem Deutschlands Wirtschaft vor dem Kriege so mächtig emporblühte. Daß diese Blüte heute gebrochen ist, ist nicht ihre Schuld, ist Schuld der Schlot- und Krautjunker, der Börsen- und Handelskapitalisten, die krampelos verküppelt, was die Rentner und ihre Angehörigen mit ihrem Blut, mit ihrer Gesundheit, mit ihrem Lebensglück erwarben. Auch für diese Vermirten aller Armen heißt es: Ihr habt's erworben, aber nicht für euch!

Offentlich beweist die Republik mehr Pflichtgefühl gegen die Rentner, als die Herrschaft es tat. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion werden sich mit aller Kraft für ihre alten Arbeitsbrüder, für die notleidenden Rentenbezieher einsetzen. Die Höhe der Fürsorge, die ein Land für seine Armen erreicht hat, ist Gradmesser für die Kulturhöhe des Landes überhaupt.

Die weltliche Schulkonferenz, die am 9. Januar im Volkshaus in Herne, Westf., stattfindet, hat folgende Tagesordnung: Weltliche Schulaufsicht und weltliche Schule. Hermann-Gesellschaft. Weltliche Schule und Religionsunterricht. Ganderberg-Bremen. Weltliche Schule und Lebenskunde. Rüstmeier-Gibberfeld. Arbeitsschule und Sozialkunde. Cessentlicher Volksvortrag. Anna Selme n-Höfendorf. — Aufschriften sind an Franz W y n a n d s, Herne, Strümpfer Straße 73, zu richten.

Höhenlicht.

Von Clara Zils.

Um mich war es dunkel, denn meine Seele trug Leid. Und weil ich vergessen hatte, es zu messen an anderer Last, erschien es so schwer. Da grünte furchtbar hartnäckig Not mich an, ich sah in ungedehnten Glänzen rote Augen — und mein Leid war klein.

Sie sind alt, biblisch alt, die Zwei, von denen ich rede. Ein halb Jahrhundert zogen sie zusammen, Lasttiere, über den steinigen Sturzgang ihres Lebens, mühten sich in Sonne und Frost, zwangen sich weiter von Tag zu Tag und sahen fern den grünen Hügel einer heiligen Hoffnung. Nicht für sich, für ihren Einzigen. Um ihn darboten sie, brachten sie jedes Opfer. Das Kind, ein Teil ihres Selbst, ihre Ewigkeit, in dem sie hinaudwühlten über Mühsal und Stargheit eigenen Daseins, sollte eingehen in der Schönheit und Sonnenreife gelobtes Land. In ihm brannte der liebe Junke göttlicher Gabe, verschlossener Gärten Zauber lang unter seinen Händen. Voll Liebe und Dank glühte er für die Alten, die in nie müder Ironie die Mittel schafften, die Tore hoher Tempel aufzustoßen. Im Herbst ihres Lebens würden sie bei ihm sitzen, warm und gut, sich freuen später Sonne...

Krieg kam, löschte helle Hoffnungen aus, — ließ ihn lahm werden — mordete die Saat der Träume, die, durch seine Finger, klingend blühen wollte. —

Alle Freude starb, Jammer starrt um sie. Von langer Tage Arbeit sterbend müde, schlafen die Alten auf den harten Dielen der Küche, Zimmer und Bett vermischten sie, um die dürftige Wohnung bezahlen zu können. Sie könnten goldenes Hochzeit feiern — ihre Verhältnisse sind ein einziger giftiger Hohn auf das Wort: Golden. Der Alte blind, das Mütterchen gichtkrank. Der Sohn liegt gelähmt da. Alles ist tot, der grüne Hügel ihrer Hoffnung verdoert. —

Ein Fall wie tausend. Wie heißen? Wird auch ein Miß in dem riesigen Gewebe geschickelt, daneben Kassen anders, ungeschickte... Wir, denkende Menschen, die aus Vergangenen lernten, inbedingter Helfenswollender Liebe voll in die Zukunft leben, wissen, daß uns Erlösung nur kommen kann durch vollkommene Umgestaltung, durch Wirklichwerden des Ideals der Gerechtigkeit, des Friedens.

Unsere Augen sollen nicht trüb, unsere Hände nicht müde werden auf dem Wege zu dir, heiliger Sozialismus, du bist in kalten Glänzen langen Nächten. —

Der Mars in Ordnung. Es ist auffällig, wie oft in den letzten Monaten Nachrichten durch die Presse gingen, welche von dem Mars angebende Signale meldeten, die man bald als drahtlose Telegraphensignale, bald als magnetische Störungen oder als Lichterscheinungen wahrgenommen habe wollte.

Bekenntnisse einer schönen Seele.

Seit seiner Rückkehr von der Studienreise nach Sowjetrußland ist der Berliner Ortsvorsitzende des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, Wilhelm Schumacher, einer der eifrigsten Befürworter des Anschlusses der deutschen Gewerkschaften an die Dritte Internationale geworden. Seine Begeisterung für Sowjetrußland ist so stark, daß er sogar versuchte, gegen entsprechendes Honorar die Berliner Industriellen in einem Vortrag für das kommunistische Ideal zu gewinnen. Wir wissen nicht, welche psychologischen Ursachen der Wandlung Schumachers zugrunde liegen. Jedenfalls hat er während seines Aufenthalts in Rußland selbst über die dortigen Zustände ganz andere Eindrücke gewonnen, als er jetzt vertritt. In einem Briefe aus Moskau, der vom 6. September dieses Jahres datiert ist, schreibt er an einen Berliner Freund unter anderem folgendes:

Das Leben auf den Straßen ist sehr reger und lebhaft. Die Läden sind geschlossen, jedoch ist der Handel mit Obst frei. Ein Pfund Äpfel 1200 Rubel, ein Pfund Birnen 800 Rubel, ein Pfund Kirschen 700 Rubel. Es ist also etwas billiger als in Petersburg. Hier kann man wenigstens eine Droschke haben. Vom Bahnhof ins Hotel — 10 Minuten — 5000 Rubel. Straßenbahn ständig überfüllt und in sehr schlechtem Zustande, die Gleise außer Acht gelassen, reparierte Wagen, auch sehr selten, wie in Petersburg... Es herrscht schwere Wohnungsnot, fast alle Hotels sind zu Bureaus umgewandelt, man staunt über die Fülle der Bureaus. Wald sind so viele als Kirchen. Davon soll es hier 1600 geben. Ueberhaupt ist in Rußland alles riesenhaft, die Plätze, die Straßenbreite, die Häuser, die Dachrinnen, die Pläne, die Böcher im Straßenrand, das Kleid, der Hunger, die Ideale. Der Stumpf sinn stimmt alles gefangen...

Stelle deutsche Arbeiter in russische Betriebe ein, dann stellt sich heraus, daß sie sich nicht wohlfühlen, weil sie eben gewöhnt sind, sehr fleißig zu sein. Hinzu kommt noch das verzweifelte Ernährungssystem. Jetzt befindet sich Rußland in einer sehr ernstesten Krise. Es wird diesen Winter wohl zu entscheiden haben, ob es sich in diesem Zustande aufrecht erhalten kann. Ein Gebot auf Erleichterung, der Rußland ist gewöhnt, schmeißt zu sein. Auf diesem Gebiet ist er unerreichbar. Für die Bolschewisten ist das ein sehr wesentlicher Vorteil, der ihre Herrschaft bestärkt...

Nach einer Schilderung des sehr komplizierten Verwaltungssystems des russischen Wirtschaftslebens schreibt Schumacher:

Man ist sich im Volkswirtschaftsrat darüber klar, daß ein solcher auf die Spitze getriebener Verwaltungskörper Gefahren nach Bureaukratisierung in sich birgt und will nach Kriegsende zur Dezentralisation zurückkommen. Ich halte dies für unbedingt notwendig, denn ist schon bei der Arbeitsbeschaffung, Verteilung und Abfertigung alles schwerfällig, so ist es bei der Warenverteilung nach Ausfuhr aller Vorkosten einfach schrecklich. Vor den Lebensmittelmittelverteilungstellen haben die Menschen viele Stunden an. Die Beschaffung eines Gutes ist eine Perlearbeit. Was hier fehlt, ist eine einfache und bewegliche Organisation. Sonst geht die Idee rettungslos in Verknüpfung unter... Ein weiterer Fehler ist, es wird zuviel politisiert und zu wenig gearbeitet. In einem sozialistischen Staate muß es nach meiner Meinung umgekehrt sein, nicht die Politiker werden die Welt bauen, sondern die Volkswirtschaftler müssen die Politiker sein. Auch bei unseren Besprechungen mit den Gewerkschaften merken wir, daß man Stundenlang Reden über Politik führt, und dies zu kurze Reden über die Wirtschaft...

Einige Interessante haben wir festgestellt: Nach der Revolution jagte man die Angestellten in den Fabriken fort und arbeitete allein, und siehe da, es ging nicht. Nun kehrt die Gewerkschaft im Einverständnis mit der betreffenden Regierungsjede die Fabrikform wieder ein, allerdings auf sechs Monate. Dabei haben die Arbeiter des Betriebes nichts mehr zu sagen. Wohl können sie sich beschweren, der Erfolg ist aber gering. Die Fabrikform hat sich sehr viel von ihrem Recht abgeben müssen, weil eben gearbeitet werden muß. Die Diktatur richtet sich oft gegen die Arbeiter und muß es. Um die Arbeit produktiver zu gestalten, hat man

Die Häufung dieser „Enten“, denn als solche haben sich alle diese Meldungen erwiesen, deutet auf eine gemeinsame Ursache, die denn auch wirklich besteht. Sie ist nichts anderes als die Erregung und Reue der astronomischen Welt, mit der man der sich nähernden Marsopposition entgegensteht.

Unter diesem Ausdruck versteht der Sternforscher die Tatsache, daß Mars und Erde, die zwei Nachbarwelten, in ungleichen Entfernungen von der Sonne kreisen, so daß sie sich bald einander stark nähern (Opposition) oder sich um ein mehrfaches voneinander entfernen. Zur Zeit der Marsnähe befindet sich die Erde allerdings immer noch 55,73 Millionen Kilometer, also 150mal weiter von dem geheimnisvoll-unmittelbarsten Kollegen entfernt als vom Mond, immerhin erscheint da seine leuchtende Fläche im Verhältnis zu den Tagen, an denen er am weitesten weg ist, wie 25 : 3.

Diese günstige Gelegenheit zu Beobachtungen leitet nicht gerade oft wieder. Gegenwärtig nähern wir uns einer seiner Oppositionen, deren Maximum am 18. Juni 1922 eintritt. Der Mars wird dann fast siebenmal so groß erscheinen wie an den ungünstigsten Beobachtungstagen. Allerdings wird diese Gelegenheit noch bei weitem übertriften durch den August 1924, an dem unser Nachbar die günstigsten Sichtverhältnisse des ganzen 20. Jahrhunderts aufweisen wird.

Auf diese Gelegenheit wartet die astronomische Welt und trägt sich mit ausschweifenden Hoffnungen. Und es ist wirklich nicht ausgeschlossen, daß man mit den sich immer mehr verbessernden Methoden tatsächlich über manchen der vielen kritischen Punkte der Marsgeographie zur Klärung gelangen wird. Tatsächlich hat jede Opposition Gelegenheit zu neuen und wichtigen Entdeckungen. Gelegenheit einer solchen fand Schiaparelli im Jahre 1877 die so viel besprochenen Marskanäle; im gleichen Jahre sah man auch die zwei winzigen Mönchen des Mars. Gelegenheit der Opposition von 1882 sah man die Verdoppelung der Kanäle; bei Wiederkehr der gleichen Konstellation im Jahre 1905 gelang es, die Kanäle zum erstenmal zu fotografieren. Und wer weiß, was von den Jahren 1922 und 1924 in den Annalen der Astronomie eingeschrieben werden wird.

„Don Carlos“ im Deutschen Theater. Max Reinhardt wird allmählich zu einer mythischen Figur. Eben ist er noch einem Schicksal in Kopenhagen und Christiania auf dem Wege nach Stockholm (alles im Auto, da in Norwegen Verkehrsstreit). Aus Wien kommt gleichzeitig die Nachricht, daß das Burgtheater Reinhardt als Regisseur beschließen werde. Und hat Reinhardt nicht große Festspielpläne in Salzburg und waren nicht große Engagements nach Amerika und somit wiederholt angelündigt! Wie die großen Schachspieler wird also Reinhardt viele Regiepartien zugleich spielen. In Berlin leben wir inzwischen von seiner Erbschaft. Die „Don Carlos“-Angelegenheit ist noch von Reinhardt, aber die Regie hat er nicht mehr geführt (und das machte sich bereits geltend). Der „Don Carlos“ wird immer eine glanzvolle Tat des Deutschen Theaters bleiben, wenn auch die Besetzung wechelt. Auf Bayernern war Wegener (als Philipp) gefolgt, jetzt ist es Krauß, der ihm neue Gewalt gibt; eifrig hätte geht von ihm aus, aber man spürt unter der schrecklichen Barock

wenden dem Lohn Brämien eingeführt. Ich habe bis 450 Prozent festgesetzt. Auch bestehen Mindestleistungen. Auch wir werden im sozialistischen Deutschland vieles einführen, was wir jetzt stark bekämpfen. Hier sind zwar alle Läden zu, und doch wird nirgendwo mehr geschoben als in Moskau...

Schumacher gibt dann eine Schilderung all der Waren, die zu ungeheuerlichen Preisen veräußert werden und erklärt, daß er mit Ware für zehntausend Rubel, wie Butter und Zigaretten, bequem seine Paletot-tasche fülle! Er fährt dann fort:

Du wirst wohl erfahren haben, welche Bedingungen der U.S.P.D. für ihren Eintritt gestellt wurden. Hauptbedingungen sind A.P.D.-Kommunisten, A.P.D.-Besetzung des Zentralvorstandes und der Redaktion der A.P.D. Dann dürften wir uns beschließen! Simeonkrant, ich gehe nicht nach Genoffa! Dann hat man auch eine gemeinschaftliche Internationale geschaffen, die deutschen Syndikalist sind schon angeschlossen. Das wird schöne Auseinandersetzungen geben...

Offentlich erleichtert die Veröffentlichung dieses Briefes die Auseinandersetzungen dieses überzeugungstreuen Mannes mit seinen Freunden, den deutschen Syndikalist. Inzwischen hat Schumacher schon den Weg nach Genoffa hinter sich, er ist über den Neukommunismus beim verschmolzenen Kommunismus angelangt. Stolz lieb ich mir den Moskauer!

Im übrigen wird jeder Leser finden, daß die Briefe Schumachers lediglich bestätigen, was sonst über Rußland bekannt geworden ist und was der — „Konterrevolutionär“ Dittmann darüber schrieb. Wann wird nun der „Konterrevolutionär“ Schumacher im kommunistischen Galaseisen stecken?

Nach dem Kommunistentag.

Die bisher linksunabhängige, jetzt vereint kommunistische „Internationale“ bespricht in einem Leitartikel die Ergebnisse des kommunistischen Vereinigungsparteitages, wobei sie gegen die kommunistische Arbeiterpartei in sachlich scharfer Weise Stellung nimmt. Sie schreibt:

Sie glaubt, durch die formwählende Störung des Produktionsapparates an den verschiedensten Stellen die Bourgeoisie zermürben zu können; und erreicht nur die Auflösung des revolutionären Machtkampfes des Proletariats in eine Reihe von mehr oder minder willkürlichen Teilkämpfen mit dem Resultat der schwächsten Schwächung des Kampfermögens des Proletariats. Das ist eben die logische Folge einer Politik, die sich Voraussetzungen konstruiert, die sachlich noch nicht gegeben sind, um dann das zu tun, was nur die objektive Folge der tatsächlichen Reize dieser Voraussetzungen sein kann, nämlich zur Aktion zu greifen.

Darin liegt ein gutes Stück Selbstkritik. Die Kommunisten werfen heute den kommunistischen Arbeiterparteiern ziemlich genau dasselbe vor, was wir zwei Jahre lang die Kommunisten vorhalten mußten. Auch sie haben durch ihre unsinnigen Aktionen das Kampfermögen des Proletariats nur geschwächt, das Bürgertum gefährdet. Wir begrüßen das dämmende Licht der Erkenntnis, daß in die Hände der Kommunisten eindringen beginnt, nützen wird es aber nur dann, wenn daraus praktische Konsequenzen gezogen werden.

Scherls Braunschweiger Märchen.

Aus Braunschweig wird uns berichtet: Der „Lokal-Anzeiger“ brachte vor einigen Tagen eine wahrscheinlich aus Braunschweiger reaktionären Kreisen kommende Mitteilung, wonach der Leiter des Braunschweigischen Landesgeschichts, Landesarchivrat Hen. Dr. Stölzel, sich eine Ausfugenerpreßung habe zu schulden kommen lassen. Diese Mitteilung ist ganz haltlos. Die amtliche Nachprüfung des betreffenden Falles durch die vorgeordnete Behörde hat die völlige Unhaltbarkeit dieser vom reaktionären Philologenverein ausgehenden Beschuldigung dargetan. Ebenso falsch ist die Mitteilung des „Lokal-Anzeigers“, daß die Elternschaft durch ihre gefehliche Vertretung die Abhebung des neuen Landesarchivrats verlangt habe. Bei den erwähnten Proletarversammlungen handelt es sich lediglich um private Verhandlungen.

den Menschen, der einmal glauben konnte und nun als Torso noch Kraft und Größe bewahrt. Durch seine Stimme sang ein seltsam Klagen. Walter Janßen besteht als Carlos durch Jugend und Leidenschaft. Noch steht er im Panne Raiffis, aber zeigt schon eine männliche Note. Also wird jetzt von Gregori gegeben; ganz Starbeit und Werkzeug Philipp. Die übrigen Rollen sind wie früher besetzt. R o i s s i legt allen reifen Ernst und durchglühende Veredelmittel in seiner Pose, aber seine Manier zu dehnen und überall zu unterstreichen ermüdet auf die Dauer. Die ganze Ausführung hätte mehr Tempo, mehr Kontraste aufweisen sollen. Sie zog sich von 7 bis 12 Uhr hin.

Die neuen Briefmarken. Mit der Ausgabe der neuen Markenferien wird in nächster Zeit, wahrscheinlich im Januar, begonnen werden können. Drucktechnische Prüfungen haben verzögert gemittelt. Zuerst werden die von Willi Geiger, dem Münchener Künstler, entworfenen kleinsten Markenwerte von 5 bis 30 Pf. ausgegeben werden. Die große Zeichnung der Fiffen steht auf dunklem Grunde in einer straffen Umrahmung, darüber in deutschen — leider nicht mehr in lateinischen — Lettern: Deutsches Reich. Die 40-Pf.-Marke wird nach dem Entwurf des Münchener Paul Neu ausgeführt. Die Marke zeigt Schmiede bei der Arbeit. Die höheren Werte, von 1 M. aufwärts, werden im Mittelfeld den Reichsbäcker enthalten. Weiter kommen für die neuen Marken zwei beim allgemeinen Wettbewerb preisgekrönte Entwürfe zur Verwendung, der von Willi Szejzlot — ein Posthorn in ovaler Umrahmung — und von Hermann Goos-München mit einem Querschnitt für die neue Postkarte wird ein Entwurf von Walter Schnarrenbergert verwendet. Offentlich kommen nun auch bald ankündigende Formen für die neuen Dienstmarken und Einkommensteuermarken heraus.

Die neue Abteilung der Nationalgalerie im Kronprinzenpalais ist am Donnerstag bis 12 Uhr geschlossen. Um 12 Uhr wird die Ausstellung holländischer Kunst eröffnet. Zutritt 20 M., von Freitag an 2 M.

Eine Verlobung-Ausstellung, besonders von Gansbüchsen und Ehrenbüchern, wird in der Staatsbibliothek vom 11. bis 23. Dez. (verpflichtend von 12-2) zu sehen sein.

Theater. Wegen Verletzung des Herrn Douvenhof kann die für Mittwoch angelegte Aufführung von „Eugen Onegin“ im Deutschen Opernhaus nicht stattfinden, dafür wird „Alceste“ gegeben. — Am Kleinen Theater haben in Abänderung des Spielplans von Samstag bis Freitag vier Aufführungen der „Hartmannsburdis“ statt. Georg Kaiser in Untersuchung. Der inwieweitigste Schriftsteller Georg Kaiser wird, wie aus München gemeldet wird, dort in die physische Klinik eingeliefert und vier Wochen lang auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Ursel v. Pöyner, früher Professor an der Technischen Hochschule in München, ist dort im Alter von 84 Jahren gestorben. Auf dem Gebiete der Maschinenbaukunde und der mathematischen Technologie war er als Fachmann bekannt.

Eine Aufschrift aus der inbegermanischen Vorseit. Der „Rannus“, Präsident der Gesellschaft für deutsche Vorseit, bringt als wertvollste. Höher einzig dastehende Einbildung eine heilige Scherbe enthält, die von Rudolf Wolken, Leipzig, hergestellt wurde. Es handelt sich um 3 Reihen linearer Zeichen, die etwa dem Jahre 3000 a. Chr. angehören und als inbegermanisches Schrifttendenz angesehen werden. Der Fundort liegt bei Seltsch, sächsisch Saag a. d. Eger.

Der Dichter als Seeräuber.

Franz Jungö toller Streich.

Der 43jährige Dichter Franz Jung, Mitglied der kommunistischen Arbeiterpartei, ist vor einigen Wochen verhaftet worden. Die Verhaftung hängt mit folgenden Umständen zusammen: Jung wurde im April 1920 von seiner Partei nach Russland delegiert. Da ihm kein legaler Reisepass und kein Geld zur Verfügung stand, waren seine Genossen bemüht, eine Beförderungsmöglichkeit für ihn ausfindig zu machen. Eine Nachricht, die damals auch ihren Weg in die Presse fand, besagte, daß eine Reihe deutscher Fischdampfer infolge Freigabe des Fischfanges im Weißen Meer, in die Gewässer des nördlichen Rußland ausreisen würden. Diese Nachricht veranlaßte Hamburger Kommunisten, sich mit Seemannskreisen in Verbindung zu setzen, um zu erfahren, ob eine Reisemöglichkeit auch für Privatpersonen vorhanden wäre. Matrosen des einer luxuriöseren Meeresreise gehörigen Fischdampfers „Senator Schröder“ erklärten, daß Jung an Bord kommen könne, sich aber, weil das Schiff sonst keine Passagiere mitnehme, in einem Versteck verbergen müsse, bis das Schiff auf hoher See sei.

Auf hoher See erst erfährt Jung, daß das Schiff — nach Island bestimmt war! Nach „Unterhandlungen“ mit dem Kapitän, die nicht allzuviel fruchtbar verliefen, verläßt Jung das Schiff und landet in Alexandrowitz an der Murmanküste. Das Schiff wurde von ihnen vorläufig russisch unterstellt. Jung verweilte dort, bis er mit Kapitän und Besatzung nach Deutschland zurückreisen durfte, wofür er selbst im Juli, als ob nichts geschehen wäre, zurückkehrte. Er wurde nun wegen schweren Raub und Verhaftung und gefesselt nach Lützow übergeführt, wo er seine Verurteilung erwartet.

Wie man sieht, handelt es sich um einen ganz ungewöhnlichen und im Sinne des formalen Rechts „schweren“ Fall, vom menschlichen Standpunkt aus aber um einen romantischen Jugendstreich eines Dichters, der seine Poesie nicht bloß schreiben, sondern auch erleben möchte. Es ist zu fürchten, daß im bevorstehenden Prozeß die Seele des formalen Rechts einen Menschen und eine Tat treffen könnte, die nicht nach der Schablone zu beurteilen sind. Wir möchten wünschen, daß Franz Jung Richter finden möge, die begreifen, daß das strengste Recht das schlimmste Unrecht ist und daß es nicht die Aufgabe der Justiz ist, Persönlichkeiten, die in ihrer Art wertvoll sind, zu vernichten. Möge sie vor ihrem Urteil nicht bloß das Strafgesetz lesen, sondern auch die Werke Lord Byron!

Zum Marburger Prozeß.

Von Rechtsanwält Dr. Ernst Emil Schneider wird uns geschrieben:

Die Hauptverhandlung gegen die Marburger Studenten findet am 10. Dezember vor dem Schwurgericht in Gießen statt. Diese Tatsache gibt Veranlassung, auf einen schweren Mangel unseres gegenwärtigen Strafverfahrens hinzuweisen. Während nämlich die Angeklagten Gelegenheit haben, durch Bestellung von Verteidigern die Verteidigung in ihrem Sinne zu beeinflussen, sind die zahlreichen Angehörigen der ruchlos Ermordeten ohne Möglichkeit, ihre Stimme vor dem Forum des Gerichts zu erheben. Die Institution der Staatsanwaltschaft kann hierfür keinen genügenden Ersatz bieten, zumal diese Behörde gerade in politischen Prozessen sich keines hinreichenden Vertreters erfreut (man denke nur an die Erfahrungen im Erzberger-Prozeß).

In England besteht seit jeder die Einrichtung, daß man auch der Familie eines Ermordeten im Prozeß gegen den Mörder die Möglichkeit der Teilnahme an der Verhandlung gibt. In Deutschland haben wir zwar bei Verleumdungssachen die Möglichkeit, daß sich der Getötete als Nebenkläger der Strafverfolgung anschließt, aber gerade bei den doch viel wichtigeren Prozessen, wo es sich um die Verletzung des Lebens selbst handelt, werden die Nächstbeteiligten nicht zur Teilnahme an der Verhandlung zugelassen.

Hier liegt ein Mangel im Rechte vor, der sich gerade in der jetzigen Zeit, wo sich die politischen Verbrechen gegen Leib und Leben gehäuft haben, doppelt fühlbar macht. In der Tat ist in dem Gesetz zur Verstrafung der Kriegsverbrechen den ausländischen Verletzten bereits durch Sonderbestimmung die Möglichkeit eingeräumt worden, sich dem Strafverfahren anzuschließen. Es ist nicht einzusehen, warum die Inländer in dieser Hinsicht schlechter gestellt sein sollten, als die Ausländer. Demnach wäre die schleunigste Einbringung eines Kriegsgesetzes wünschenswert, wonach bei allen Verbrechen gegen Leib und Leben dem Verletzten bzw. dessen Familie die Möglichkeit gegeben wird, sich als Nebenkläger am Verfahren zu beteiligen.

Kosbach und Reichswehr.

Vor einiger Zeit meldeten wir, daß in Potsdam der beabsichtigte Leutnant Kosbach bei Reichswehrtruppen einen Werbevortrag halten konnte. Nunmehr ist, wie uns berichtet wird, folgende Verfügung ergangen:

Reichswehrministerium.
Chef der Heeresleitung.

Der Leutnant a. D. Kosbach hat bei einem Truppenteile mit Erlaubnis der Vorgesetzten unter den zur Entlassung kommenden Soldaten in einer Versammlung für eine Arbeitsgemeinschaft geworben. Wenn es auch selbstverständlich ist, daß auf möglichste Weise für die Zukunft der aus der Reichswehr auscheidenden Soldaten gesorgt wird, so ist es trotzdem nicht angängig, politisch beratig belästigten Persönlichkeiten wie Kosbach Vorträge bei Truppenteilen zu gestatten, auch wenn sich die Vorträge in der gesetzlichen Bahn bewegen, und wenn, wie im vorliegenden Falle, Gutes damit beabsichtigt ist. Ich ersuche, in Zukunft bei allen Truppenteilen entsprechend zu verfahren.

Dieser Erlaß ist zu billigen, aber entweder ist er in Potsdam nicht rechtzeitig bekannt geworden oder man beachtet ihn dort nicht. Wir erfahren nämlich aus Potsdam folgendes: Kosbach hat tatsächlich die angeforderten Leute auf den Vortrag in Glöbe bei Potsdam hin bekommen. Sie erhalten 300 M. pro Monat und freie Pension, sind nach Vommern gekommen und dort, wie sie schreiben, in Kampagnen eingeteilt. Herr v. Seede möge daraus ersehen, daß der „Geist von Potsdam“ Disziplin nur kennt, wenn diese in den realistischen Kram paßt. Sollte er das nicht glauben, so sind wir bereit, ihm noch mehr über den „Geist von Potsdam“ zu berichten.

Das Reichswehrministerium gibt bekannt: Die von einzelnen Wätern (auch von uns. Red.) gebrachte Mitteilung über angebliche — nach den vorliegenden Meldungen aufeinander weit übertriebene — Soldatenmishandlungen beim Reiterregiment Nr. 7 in Breslau beruht auf Vorgängen, deren Untersuchung bereits vor längerer Zeit der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben worden ist.

Das Reichswehrministerium sollte ruhig erst die Gerichtsverhandlung abwarten, ehe es von „Uebertreibung“ spricht. Ganzlich scheint es selber nicht die dargelegten Mishandlungen abzulugnen zu wollen.

Wirtschaft

30 Proz. Gehaltsgratifikation.

Es ist kein Geheimnis, daß bei den Banken der Geschäftsgang ganz allgemein recht gut ist. Die Gewinnquoten sind in den letzten Monaten außerordentlich lebhaft, und auch sonst ergab sich — besonders auf dem Emissions- und Dividendengebiete — viel Gelegenheit zu gewinnbringenden Transaktionen. Der gute Geschäftsgang spiegelt sich auch in den hohen Kursen wieder, die jetzt an der Börse für Bankaktien notiert werden, und die Aktionäre dürfen vielfach für das zu Ende gehende Jahr mit höheren Dividenden rechnen. Offenbar im Zusammenhang mit diesem günstigen Geschäftsgang haben, wie das „B. Z.“ hört, die meisten Berliner Großbanken beschlossen, ihren Aktionisten in diesem Jahre zu Weihnachten nicht 10 Proz., wie bisher, sondern 30 Proz. des Jahresertrags als Gratifikation zu gewähren. Außerdem erhalten die Aktionisten beim Abschluß ihre gewohnten Dividenden von 15 Proz.

Wer glauben den Bankbeamten, die schwer genug haben arbeiten müssen, diese Weihnachtsgabe von 30 Proz. Sie zeigt aber gleichzeitig an, mit welchen gewaltigen Gewinnen die Banken arbeiten, die auf diesem Wege wenigstens einen Teil ihrer Ueberschüsse, die sonst einen zu schlechten Eindruck machen würden, verstreuen lassen wollen, indem sie wenigstens an ihre Aktionisten denken. Jedenfalls sprengen sich die durchaus ungelunden Verhältnisse in den Kellern der Banken wieder, und es wäre dringend zu wünschen, daß bald die der Allgemeinheit der ihr gebührende Anteil an diesen reinen Konjunkturgewinnen gesichert wird, zumal die Großbanken heute ein Privilegium geworden sind, deren Macht täglich wächst. Die Miesigkeit der Schuldlos Erwerblosen und der arbeitenden Massen steht doch in einem unerträglich großen Gegensatz zu den Besitzern der großen Kapitalrenten, die ohne Arbeit eingestrichelt werden können.

Starke Zunahme des Notenumlaufs.

Der Zahlungsmittelverkehr zeigt nach der günstigen Entwicklung der drei Vorwochen in der letzten Novemberwoche (30. November) ein sehr unbedeutendes Bild. Der Notenumlauf hat um 1 Milliarde 700 Millionen Mark zugenommen. Der gesamte Papiergeldumlauf (Reichsbanknoten und Darlehnskassenscheine) beläuft sich auf 76 1/2 Milliarden Mark.

Der Goldbestand der Reichsbank beträgt 1 Milliarde 11 Millionen Mark. Die der Reichsbank zugeflossenen fremden Gelder (Giralguthaben) betragen 17 Milliarden. An Wechseln, gegen die die Bank ihre Noten ausgegeben hat, besitzt sie 55 1/2 Milliarden Mark.

Das Grundkapital unserer Reichsbank beträgt 180 Millionen Mark, zu denen ein Reservefonds von 104 Millionen Mark kommt.

Freidiskontierung in der Thüringer Waffenindustrie. Die Thüringer Waffenindustrie, die neuerdings durch große Auslandsaufträge, namentlich aus Amerika, außerordentlich ausblüht, hat eine Konvention geschlossen, welche eine zu ornate Preisberechnung besonders für das Ausland verhindern soll.

Groß-Berlin

Verfälschte Mordtaten.

Aus dem Leben eines Fünfzigjährigen.

Nicht weniger als vier Mordtaten werden dem 50 Jahre alten Künstler Adolf Scholz aus Spandau zur Last gelegt, der von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet und heute der Staatsanwaltschaft III vorgeführt wurde. Die Verhaftung erfolgte wegen erwiesener fortgesetzter Sittlichkeitsverbrechen. Die Mordtaten werden zurzeit noch nachgeprüft. Bei keinen Vernehmungen verweigerte sich der Beschuldigte in Widersprüche.

So hatte er seiner Frau kurz vor Weihnachten 1918 nach dem spurlosen Verschwinden seines Schwagers August Hermann ein Verlöbniß gegeben, das er von einem Anwalt für 25 Pf. gekauft haben will. Jetzt gibt er an, daß er das Verlöbniß erst nach Neujahr, und zwar für 1 W. von einem anderen Anwalt gekauft habe. Seine Frau erzählt, daß damals Blut und blonde Haare an dem Verlöbniß hängen, er aber will sich noch entsinnen, daß es Fäden gewesen seien. Es besteht der dringende Verdacht, daß August Hermann von Scholz, der ihn allein zur Bahn begleitet hat, unterwegs ermordet worden ist. Als zwei Jahre später ein anderer Schwager, Wilhelm Hermann, Scholz besuchte und von ihm zur Bahn gebracht wurde, blieb auch dieser Schwager verschwunden. Auch ihn soll Scholz unterwegs ermordet haben. Ein dritter Mord, den Scholz begangen haben soll, wurde an einem Mädchen aus Danzig verübt. Als dann später die Leiche der geisteskranken Pauline Fischer aus dem See von Jankowitz geborgen wurde, war Scholz mit zertrümmerter Nase nach Hause gekommen. Er erzählt, daß er in Berlin bei seiner Schwester und mit seinem Schwager zusammen gewesen sei und mit ihm Karten gespielt habe. Dabei habe er sich auch mit dessen Papagei beschäftigt und dieser habe ihm die Nase zertrümmert. Es wurde aber ermittelt, daß Scholz nicht bei seinem Schwager gewesen ist und dieser gar nicht Karten spielt.

Diese vier Morde sind, wenn sie tatsächlich von Scholz ausgeführt sind, verjährt, da Verbrechen, die mit dem Tode bestraft werden, nach zwanzig Jahren verjähren. Von den jüngeren Verbrechen, die ihm noch zur Last gelegt werden, will er überhaupt nichts wissen. Wie seine Frau behauptet, ist im Jahre 1908 ein Mädchen auf der Liebesinsel bei Spandau ermordet worden. Nach dem Verbrechen sei ihr Mann mit Kusteldecken kleidern nach Hause gekommen. Die Kriminalpolizei hat aber bis jetzt einen derartigen Mord nicht feststellen können. Wee darüber Mitteilungen machen kann, wird gleichfalls gebeten, sich bei Kriminaloberwachmeister Rahmann im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Briefmarken-Ersatz.

Der Entschluß der Postverwaltung, Briefsendungen bei Massenankündigung nicht mehr mit Briefmarken frankieren zu lassen, sondern die Bezahlung in bar anzunehmen, reicht schon eine Reihe von Monaten zurück. Die Durchführung der komplizierten Maßnahmen hat längere Zeit erfordert. Sie werden nun demnächst in einer Anzahl von Postämtern aufgestellt werden. Das gleiche Verfahren war vor dem Kriege schon in Bayern zulässig, wo an Stelle der Briefmarken bei Postfrankierung farbige Stempel aufgedrückt wurden. Das Reichspostgesetz schloß sich damals nicht an, da der Postpostverein auf dem Standpunkt stand, daß die Frankierung mit Briefmarken erfolgen müsse. Es wurden deshalb Maßnahmen benutzt, die Massenankündigungen automatisch mit Briefmarken belegen und gleichzeitig zählen. Der schließlich auf dem Postpostverein in Madrid gefasste Beschluß, auch die Abstempelung anzulassen, hat die Gedanken hinsichtlich gemacht, die gegen eine Anstandsveränderung der Postankündigung sprachen. Zunächst sind allerdings nur die Briefsendungen zu 10 Pf. (Frachtdosen) und 40 Pf. (Landpostbriefe) dafür in Aussicht genommen. Dies dürfte aber nur der Anfang sein. Die ausschließliche Verwendung der Briefmarken ist damit durchbrochen, wenn sie auch für einzelne Briefsendungen nach wie vor ihre Rolle behaupten werden.

Feuer in der Wedding-Marktstraße

am der Reinickendorfer und Schönwalder Straße 14 alarmierte heute früh die Berliner Feuerwehr. Auf mehrmaligen Anruf rückten mehrere Löschzüge der 8. Kompanie zur Brandstelle aus. Undurchdringlicher Qualm füllte schon die nächste Umgebung ein. Es brannten die Kellerfenster unter der Verkaufshalle in der Schönwalder Straße in solcher Ausdehnung, daß mit vier Rauchschubapparaten vorgegangen werden mußte. Und obgleich noch ein Ventilator zur Einföhrung von frischer Luft und Rinnen für die Feuerwehreinheit benutzt wurde, erkrankten mehrere Feuerwehrleute an Rauchvergiftung. Oberfeuerwehrmann Alisch mußte von der Brandstelle aus nach dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus geschafft werden. Feldwebel Schreier wurde nach seiner Wohnung gebracht. Außerdem erkrankten noch zwei Beamte ernstlich an Vergiftungsercheinungen. Es brannten im Keller u. a. Kisten, Packmaterialien und Vorräte. Mit drei Schlauchleitungen wurde angegriffen und dabei auch ein gebogenes Strohrohr benutzt. Durch unausgesetztes energisches Löscheng gelang es schließlich, die Flammen auf den Keller zu beschränken und die oberen Verkaufshallen zu schützen. Der Schaden soll angeblich sehr erheblich sein und besonders einige Standhändler schwer treffen, weil sie nicht versichert sind. Die Entstehung des gefährlichen Brandes konnte noch nicht einwandfrei ermittelt werden.

Unterstützungen für Säuglingsheime.

Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Braun trat gestern im Berliner Rathaus ein Stadtberechtigtenausschuß zusammen zur Vorbereitung des dringlichen Antrages der Stadtverordneten Ledtke u. Gen. über die sofortige Auszahlung der für dieses Vierteljahr im Haushaltsplan der Stadt Berlin vorgesehenen Mittel zur Unterstützung von Säuglingsheimen, Krippen, Kindergärten, Dorfen usw., um die drohende Schließung dieser Anstalten zu verhindern. Nach längerer eingehender Erörterung wurde der Antrag mit folgendem Zusatzantrage einstimmig angenommen: Die Stadtberechtigtenversammlung möge beschließen, nur den Anträgen Gelder zu bewilligen, die bereit sind, 1. die Gelder unter der Kontrolle des Magistrats und der Stadtberechtigtenversammlung zu verwenden, und 2. ihren inneren Betrieb, Pädagogik usw. unter die Aufsicht eines von der Stadtberechtigtenversammlung gewählten Ausschusses zu stellen.

Trotz Zuweisung durch das Wohnungsbauamt!

Die meisten Wohnungsuchenden denken, daß für sie alles nur von dem Wohnungsbauamt abhängt und daß nach Zuweisung einer Wohnung durch das Amt die Kassen ein Ende haben. Aber da gibt es oft noch allerlei Widerstände zu überwinden, die von dem bisherigen Inhaber der neu zu Wohnung oder von dem Eigentümer des Hauses ausgehen. In Schönberg wurde eine wohnungsuchende Frau durch schriftliche Anordnung des Wohnungsbauamts an das Haus Fregestr. 7a gewiesen, wo eine Zweizimmerwohnung leer stand. Der Vermieter aber erklärte der Frau, daß der Eigentümer ihr die Wohnung nicht geben könne. Es scheint, daß dem Hauswirt oder seinem Vermieter die ihnen zugewiesene Mieterin aus irgendeinem Grunde nicht paßt. Sie hatte bisher eine Portierstube und ist jetzt im Schönberger Krankenhaus an der Ruhensstraße als Wäscherin beschäftigt. Für die Wohnung im Hause Fregestr. 7a soll der bisherige Inhaber die Miete bis Ende 1920 bezahlt haben. Hoffentlich wird das Wohnungsbauamt dafür sorgen, daß gemäß der ergangenen Zuweisung die bereits leerstehenden Räume sofort an die Frau übergeben werden.

Schlimmer als bei den Hausagrarern! Was kostet jetzt eine Wohnung von zwei Stuben und Küche? Billig ist sie nicht — aber 1850 M. wird wohl je leicht auch einer dafür geben. Diese unerhörte hohe Miete mußten in der sozialistischen Wohnungsbauanstalt Lichterfelde, dem ehemaligen Kadettenhaus, Unterbeamte seit April d. J. für Zweizimmerwohnungen zahlen. Eine Abschnürung ergab, daß die Miete — auf etwa die Hälfte herabgesetzt werden mußte. Nun wurde doch wohl der zuviel gezahlte Betrag unverzüglich zurückerstattet? Ach nein, so schnell geht das bei einer Behörde nicht! Alle diesbezüglichen Wünsche des Beamtenausschusses sind bisher vergeblich gewesen. Der Winter ist da und Weihnachtsferien naht. Will man den Unterbeamten nicht ihr Geld zurückzahlen? Brauchen können sie es.

Schwarz-weiß-rot. Auf dem sozialdemokratischen Bezirksfest hat Genosse Hermann Müller dargestellt, welche Wirkung es auf das Ausland machen muß, wenn überall noch die monarchischen Zeichen zu sehen sind. Vor einigen Tagen wurde im Nationalpalast des Zoo ein deutsches Schwedisches Fest veranstaltet. Auf die Danterede Reiches für Schweden sprach Quidweil an deutschen Kindern erwiderte mit herzlich Worten der schwedische Gesandte. Er und seine Landsleute brachten ein verschiedenes Outfit auf das deutsche Volk aus. Und oben hina — die Schwarz-weiß-rote Fahne des kaiserlichen Deutschland. Sollten die Plakate des „Roo“-Restaurants noch nicht zur Abschaffung einer Fahne in den geistlichen Reichsfarben reichen?

Ein Schwindler eigener Art ist in Lichterberg aufgetreten. Dort ließ sich unter Vorspiegelung einer Krankheit ein Mann in einem Krankenhaus aufnehmen, der sich als ein Ritter Rathsles Conte aus Rübendrim ausgab. Als er Ausgange hatte, ließ er sich von anderen Kranken kleidungsstücke, um mit diesen zu verschwinden.

Schachturnier. Ergebnisse der vierten Runde: Mieses verlor gegen Rött, Bogoljubow und Tarrasch; Karlovič gegen Tarrasch, ebenso Spielmann und Marozsch. Die Partien Tarrasch—Leonhardt und Samisch—Breyer wurden in schwierigen Situationen abgebrochen.

Marionettentheater in Neukölln. An der Aula des Städtischen Lyzeums, Berliner Str. 10, finden bis 15. Dezember einhalt, vom Städtischen Jugendamt, Hdt. Jugendpflege, veranstaltete Aufführungen des Theater- und Marionettentheaters, Direktion Richard Dietz, statt. Zur Aufführung gelangen: „Die drei Hühner“, Märchen in drei Akten, und „Sohn Maria reiten“, Märchen nach M. Udr., vierakt. 75 M. Am 8. Dezember in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums Sondervorstellung „Kaufl“, Karten zu allen Vorstellungen an der Kasse. Eltern, unterstützt das Jugendamt im Kampf gegen das Schundbrot.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Deute, 8. Dezember:

7. Kreis, Charlottenburg, 53. Abt. Die Bezirksabende finden nicht, wie fälschlich berichtet, morgen statt, sondern heute, abends 7 1/2 Uhr, in den gleichen Lokalen.

Schöneberg, Trebbenerstr. 81. Abt. 7 1/2 Uhr bei Köhn, Querstr. 4, und bei ebendlichem Nebenhallen, Gendarmenstr. 10. Abt. 8 Uhr bei Köhn, Querstr. 4, und bei ebendlichem Nebenhallen, Gendarmenstr. 10. Referent: Rumbach über das Parteiprogramm.

Morgen, 9. Dezember:

Arbeitsgemeinschaft Soz. Elternbeiräte Wes. 11 (Schöneberg-Trebbenerstr.). 7 Uhr in der Aula der Döberglück-Schule, Trebbener, Gde. Friedländer Straße: Offizielle Versammlung. Thema: Die Sache des „Jugend“. Referenten: Professor Emil Cserich und Vorstandsgeschäftl. Dr. A. Kömmerling. Es ist Pflicht aller Eltern, zu dieser Versammlung zu erscheinen.

Aus aller Welt.

Schwerer Unglücksfall beim Versahren von Eisen. Beim Versahren von Eisen in dem Lager der Darmstädter Hauptwerkstätte 11 gab es die zu schwer beladenen Wagen nach und fielen um, wobei drei Arbeiter zu Tode gedrückt wurden.

Großfeuer in einem Kupferwerk. In den Kupferwerken in Walsby bei Walsbybrunn brach dieser Tage, morgens 4 Uhr, Großfeuer aus, welches die ganzen maschinellen Anlagen der Erzaufbereitung zerstörte. Der Schaden geht in die Millionen. Die Brandursache ist bis jetzt unbekannt.

